

Die Kanzlerin nicht abkanzeln



Auf der Hutablage

Karikatur: Tomicek

Zu: „Auf dem Thron der Moral“ vom 1.3. und anderen Beiträgen in der NZ

Ich staune, mit welcher Konstanz und „Kreativität“ die NZ seit Monaten die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel attackiert und ihr Ansehen zu desavouieren sucht. Jüngstes Beispiel der Beitrag: „Auf dem Thron der Moral“ – dazu ein sehr „vorteilhaftes“ Foto von Frau Merkel. Ich gestehe, wenn es um humanitäre Werte geht, sitze ich lieber auf dem Thron der Moral, als dass ich in Populismus meine Seele verkaufe. Der Papst hat wohl nicht ganz Unrecht, wenn er sagt, Europa sei drauf und dran, seine Seele zu verlieren. Außerdem steht in der Überschrift: „Seit Oktober nichts Neues von Angela Merkel“. Nun, aus München höre ich auch seit Monaten nichts anderes als „Obergrenze“ und „Grenzzäune.“ Zu welchen humanitären Katastrophen die neuen Grenzen führen, das erleben wir ja in diesen Tagen auf grausame Weise.

Kürzlich berichteten die öffentlich-rechtlichen Anstalten in den Nachrichten z. T. an erster Stelle, dass die deutschen Wirtschaftsverbände unisono einschließlich DGB ausdrücklich die Politik der Kanzlerin lobten, und ebenso Amnesty International. In der NZ las ich davon wenig. Man muss kein Merkel-Fan sein und man kann bestimmt manches an ihrer Flüchtlingspolitik bemängeln; aber man sollte auch eine Kanzlerin nicht von vorne herein abkanzeln. *Theo Kellerer, Nürnberg*

Die Bundeskanzlerin Frau Merkel hat in einem überzeugenden Fernsehauftritt ihre Flüchtlingspolitik dargelegt – eine Politik des Hoffens auf internationale Vereinbarungen, ohne eine zahlenmäßige Begrenzung des Flüchtlingsstromes. Es ist richtig, dass sie eine gesamteuropäische Lösung anstrebt. Aber die zeichnet sich noch nicht ab und wird, wenn ja, noch seine Zeit dauern. Daher ist es unbedingt notwendig, dass Deutschland auch, wie die anderen Länder, nationale Maßnahmen ergreift, Obergrenzen festlegt, die Anreize zur Flucht auf das allgemeine EU-Niveau senkt.

Frau Merkel antwortete auf die direkte Frage der Moderatorin, ob es einen Plan B gibt, mit Nein. Das ist dem Ernst der Lage nicht angemessen, schlicht unprofessionell, denn ein verantwortungsbewusstes Handeln erfordert stets einen Plan B für den Fall, dass Plan A zu viel Zeit braucht oder zu kurz greift. Im aktuellen Fall der Flüchtlingskrise sind nationale Maßnahmen der vorgezogene Plan B. Im Übrigen ist es geradezu grotesk, dass die von Frau Merkel abgelehnten nationalen Maßnahmen der anderen Länder Deutschland eine Atempause bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise verschaffen. Frau Merkel vermied es, sich dafür zu bedanken. *Jürgen Rexer, Schnaittach*

Zu: „Zäune helfen der Kanzlerin“ vom 1.3.

Sicher ist es richtig, dass Europa das Flüchtlings-Problem gemeinsam lösen muss, auch wenn die Ursachen primär keine europäischen sind. Verantwortlich sind allerdings diejenigen, die im Irak und in Syrien oder

Afghanistan die Aggressoren waren und das Leid und die Zerstörung herbeigeführt haben. Gleichwohl hilft das Mantra von der „europäischen Lösung“ offenbar kaum weiter, da Brüssel kaum noch die Autorität aufbringt und offenbar soweit auch nicht (mehr) als Autorität anerkannt wird, um den Gordischen Knoten zu durchschlagen. Und zweifelsfrei ist es immer noch so, dass Frau Merkel und Deutschland eine Art Magnetismus ausüben, der bewirkt, dass die meisten Flüchtlinge in das gelobte Land kommen wollen, das neben „Einigkeit und Recht und Freiheit“ auch Integrations-Absichten verspricht. *Martin Blättner, Nürnberg*

Zu: „Merkel sieht ‚Durchbruch‘“ vom 9.3.

Wieder einmal sprechen Frau Merkel und die EU von einem „Durchbruch“ und das ist dem „Wir schaffen das“ sehr ähnlich. Nur, dieses Mal ist es offensichtlich die Türkei, die diesen Wunschgedanken für sich in Anspruch nehmen könnte, wenn alle Forderungen bzw. Überforderungen erfüllt würden. Die Herren Kommentatoren Kirch und Prell haben bereits sehr sachlich und realistisch auf die Gefahren einer Zustimmung durch die EU hingewiesen. Sind denn unsere Kommissare in Brüssel so blauäugig und naiv, die „Hintergedanken“ eines Erdogan nicht zu durchschauen, der die muslimische Kultur in Europa infiltrieren möchte? Nein, die EU darf sich auf diesen von der Türkei angestrebten „Menschenhandel“ nicht einlassen. Und außerdem, wer kann genau überprüfen, ob es sich um Kriegsflüchtlinge aus Syrien handelt? Hier entsteht ein neuer Markt für die Schlepper, die sich dann auf gefälschte Ausweispapiere spezialisieren.

Visumpflicht für türkische Staatsbürger sowie ein EU-Beitritt sind auf Grund der politischen Situation in der Türkei auf gar keinen Fall verhandelbar. Der Schlusssatz des Kommentars von Herrn Prell, Zitat: „Die Türkei darf jedenfalls nie über die Zukunft des Kontinents entscheiden.“, müsste doch auch in Brüssel erkannt sein, auch wenn die Türkei zurzeit in der Flüchtlingssituation eine „Schlüsselposition“ einnimmt. *Klaus-Dieter Liedtke, Lauf*

Zu: „Türkei lockt EU mit Pakt“ vom 8.3.

Als informierter Bürger versteht man die Flüchtlingspolitik der deutschen Regierung und der EU nicht mehr. Ich kann bei den meisten Parteien keine Konzepte zur Lösung erkennen. Begriffe wie „Kontingente“ oder „Obergrenze“ werden strikt vermieden. Dass wir nicht in der Lage sind, unbegrenzt die Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und zu integrieren, ist wohl den meisten Bürgern und den ehrenamtlich tätigen Helfern bewusst, nur die Politiker finden keine klaren und einheitlichen Lösungsvorschläge. Wenn die Politiker nur ein wenig die Meinung der Bürger berücksichtigen würden, wüsten sie, in welche Richtung die Politik gehen müsste. Und alle Parteien regen sich über den Aufstieg und Stimmengewinn der AfD auf. *Franz Raner, Wilhelmsdorf*

Wo bleibt die Steuergerechtigkeit?

Zu: „Arbeitszeugnis für die Politik“ vom 24.2.

Im Kommentar wird behauptet, Einkommen aus Vermögen würde geringer besteuert als Einkommen aus Arbeit. Jeder muss seine gesamten Einkünfte nach der gleichen Steuertabelle versteuern. Dabei gibt es keinen Unterschied zwischen den beiden Einkunftsarten. Wenn mit der höheren Besteuerung von Arbeitseinkommen die Pflichtbeiträge für Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung gemeint sind, so handelt es sich hierbei, wie der Name schon sagt, um Versicherungen, für die der Arbeitnehmer irgendeinmal, wie bei jeder Versicherung, mehr oder weniger wieder zurückbekommt. Hier eben Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente, ggf. Arbeitslosengeld und Erstattung von Krankheitsbehandlungskosten. Diese Abgaben sind keine Steuern.

Einkommen aus Vermögen und Einkommen aus Arbeit werden gleich besteuert!

Es ist eher das Gegenteil der Fall: Vom Arbeitseinkommen können diverse Unkosten als Werbungskosten abgesetzt werden, die Unkosten bei Einkünften z.B. aus Kapitalvermögen dagegen nicht. *Gerhard Meiler, Wendelstein*

Wir freuen uns über Ihre Leserbriefe, die Sie uns auf folgenden Wegen zukommen lassen können:

Post: Nürnberger Zeitung Postfach 3347 90016 Nürnberg

Fax: 09 11/23 51-13 20 00 E-Mail: nz-redaktion@pressenetz.de

Vergessen Sie bitte nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Bitte halten Sie Ihre Beiträge kurz, denn wir möchten möglichst viele Leser zu Wort kommen lassen. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.

Soll der Leserbrief nicht in unserer Online-Ausgabe erscheinen, bitten wir, dies anzugeben.

Der Inhalt der Leserbriefe gibt nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Frankens Reinheitsgebot ist älter als das bayerische

Zu: „Wie bedeutsam ist das Reinheitsgebot?“ vom 29.2.

Ist es wirklich so hochkompliziert, eine Verordnung, Abmachung oder auch ein Gesetz richtig zu verstehen? Wir, die Verbraucher, sind doch stolz, dass es dieses „Gebot“ in Bayern gibt. Nürnberger Bratwürste und Nürnberger Lebkuchen gibt es ja auch nur in Nürnberg. Oder liege ich da so verkehrt? *Wolfgang Grützner, Gnotzheim*

Zu: „Daten und Fakten zum Reinheitsgebot“ vom 29.2.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, sollte bei Daten und Fakten immer auf exakte Genau-

Sicherheit für Gebärende an erster Stelle

Wohin gehen werdende Eltern, wenn die Geburt bevorsteht? Das fragte der NZ-Klinikcheck vom 20. Februar. In folgendem Leserbrief nimmt der Chefarzt der Klinik für Geburtshilfe und Pränatalmedizin an der Klinik Hallerwiese in Nürnberg dazu Stellung. Weil es sich um ein kompliziertes Zahlenwerk handelt, gaben wir den Professoren Martin Emmert und Oliver Schöffski von der Universität Erlangen-Nürnberg die Gelegenheit, gleich darauf zu antworten.

Zu: NZ-Klinikcheck vom 20.2.

Eine kompetente Analyse der Qualität von medizinischen Leistungen wird in Zukunft ein ganz entscheidender Faktor für die Beratung der Patienten und die Finanzierung im Krankenhauswesen darstellen. Daten zur Qualitätsanalyse sind daher sehr wünschenswert und essentiell für die Verbesserung der eigenen Qualität. Ein verantwortungsvoller Umgang mit sog. Qualitätsindikatoren ist jedoch unumgänglich, um Patienten nicht unnötig zu verunsichern.

Mit viel Gelächter haben wir allerdings an unserer Abteilung für Geburtshilfe und Perinatalmedizin (Klinik Hallerwiese) die Rangfolge der Qualifikation der geburtshilflichen Abteilungen in der Nürnberger Zeitung (Februar 2016) studiert. Wenn man das Wohl der Patienten als Kernpunkt einer hoch qualifizierten medizinischen Betreuung ansieht, dann bleibt einem jedoch das Lachen im Hals stecken. Der Beitrag verunsichert sicher einen sehr großen Anteil von Schwangeren (der absolut größte Anteil der Geburten findet nicht in den „erst-rangigen“ Kliniken statt), zudem kann es vorkommen, dass sich schwangere Frauen aufgrund der Auflistung für die falsche Geburtsklinik entscheiden. Es ist aus vielen Gründen derzeit unmöglich, eine fundierte Rangfolge aufzustellen. Am sinnvollsten sind derzeit die vom GBA (Gemeinsamen Bundesausschuss) vorgegebenen Empfehlungen zur Struktur von Geburtskliniken. Ein wichtiger Qualitätsparameter ist die Entwicklung der Kinder nach der Geburt. Hier spielen vor allem die Risiken der Frühgeburt eine große Rolle. Die besten Ergebnisse haben in der publizierten Auswertung Abteilungen, die diese Risikofälle gar nicht betreuen. Solche Risikofälle behandeln natürlich die erfahrenen Zentren, die logischerweise dann auch die Kinder mit den Entwicklungsstörungen betreuen. Daraus den Schluss zu ziehen, dass die kleinen Abteilungen die bessere Medizin machen, ist natürlich unsinnig. Aber genau das wird hier gemacht. Teilweise wurden Abteilungen als erstrangig eingestuft, obwohl sie zum Zeitpunkt der Publikation gar keine Geburtshilfe machten. Da kann man nun wirklich wenig falsch machen. Das wäre ungefähr so, wie wenn man im Fußball die Gegentore als einziges Qualitätsmerkmal ansieht. Eine drittklassige Seniorenmannschaft, die gar nicht mehr aktiv ist, würde da natürlich deutlich besser abschneiden als der „Club“ oder „Greuther Fürth“. Die Analyse von unbrauchbaren Parametern spielt aber in der vorgegebenen Beurteilung die Hauptrolle.

Es ist zu hoffen, dass die Patienten diesen Unsinn durchschauen und sich dadurch nicht verunsichern lassen. In Risikofällen könnte dies nämlich zu lebensbedrohlichen Komplikationen von Mutter und Kind führen. Da durch diese Analyse „Gefahr für Leib und Leben“ besteht, müsste es eigentlich Aufgabe der politisch Verantwortlichen

Gesundheitspolitiker sein, diesen journalistischen Unsinn zu stoppen und bei Bedarf auch juristisch dagegen vorzugehen.

Prof. Dr. F. Kainer, Chefarzt der Klinik für Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Klinik Hallerwiese, Nürnberg, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Perinatalmedizin (DGPM), Mitglied der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft für Qualitätssicherung (BAQ)

Das ist tatsächlich nicht die Reaktion, die wir erwarten haben oder die uns in ähnlichen Situationen von anderen Kliniken berichtet wird. Schneidet man bei einem Ranking nicht so ab, wie man es sich vorstellt, schaut man erst einmal, ob es tatsächlich Qualitätsprobleme gibt, die man abstellen kann. Sollte dieses nicht der Fall sein, schaut man, warum die vorliegenden Daten dieses nahelegen. Im Fall der Klinik Hallerwiese war einer von sieben Qualitätsindikatoren final nicht als unauffällig eingestuft worden. Damit schneidet diese Klinik eben schlechter ab als (kleine oder große) Kliniken, bei denen nachgewiesener Weise keinerlei Auffälligkeiten zu verzeichnen waren. Wohlgemerkt: Es handelt sich dabei um Daten, die das Krankenhaus aufgrund gesetzlicher Anforderungen selbst erhoben und geliefert hat und die zur Schaffung einer größtmöglichen Transparenz vom Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA), der ja im Leserbrief auch explizit als relevante Institution erwähnt wird) veröffentlicht werden und daher im Verantwortungsbereich der Kliniken selbst liegen.

Ein wenig schade finden wir es, dass vor dem Verfassen eines Leserbriefs wohl die Studie nicht ganz gelesen wurde. Es ist explizit vermerkt, dass sich die Daten auf das Jahr 2014 und nicht auf das aktuelle Versorgungsgeschehen beziehen. Und wenn sich beispielsweise im Jahr 2015 Änderungen ergeben (z.B. Stilllegung einer Geburtshilfeabteilung für einige Monate in einem Krankenhaus wegen Umbaumaßnahmen), dann ist das in den Auswertungen natürlich nicht enthalten. Das kann dann erst im nächsten Jahr berücksichtigt werden. Auch wird die verwendete Methodik sehr transparent und ausführlich an verschiedenen Stellen dargestellt.

Der „journalistische Unsinn“ beruht auf der Zusammenfassung der besten verfügbaren Daten nach wissenschaftlichen Standards, was bislang auch noch nirgends angezweifelt wurde. Die Methodik der Zusammenfassung wurde festgelegt und erst danach wurden die einzelnen Bewertungen durchgeführt. Unsere Studie ist unabhängig von jeder beteiligten Klinik und wird von uns selbst finanziert. Eine „Gefahr für Leib und Leben“ sehen wir eher da, wo verfügbare Qualitätsinformationen nicht genutzt werden bzw. den Betroffenen verschwiegen werden (was mit dem Passus „Ein verantwortungsvoller Umgang mit sog. Qualitätsindikatoren ist jedoch unumgänglich...“ ja wohl gemeint ist). Die Veröffentlichung der Ergebnisse in Zeitungen ist aus unserer Sicht ein wichtiger Weg, um die Zielgruppe zu erreichen. Wir sind die letzten, die behaupten würden, dass es bezüglich der Qualitätstransparenz nicht noch viel zu tun gibt, aber die heute verfügbaren Daten können schon helfen, eine rationale Entscheidung zu treffen und das Ranking wird dafür sorgen, dass sich die Qualität in den Kliniken verbessert. *Prof. Dr. Oliver Schöffski, Prof. Dr. Martin Emmert*

Schräge Folgen der Energiewende

Zu: „Gaskraftwerk-Betreiber drohen mit Stilllegung“ vom 27.2.

Da wird ein hochmodernes Gaskraftwerk gebaut, angeblich das modernste in Europa, aber es liegt überwiegend still. Dafür laufen die Braunkohlekraftwerke weiter, die ein Vielfaches an CO₂ freisetzen. Und so etwas nennt sich „Energiewende“. Ein Gaskraftwerk ist ideal als Ergänzung zu Wind- und Solaranlagen, weil es viel schneller hoch- und heruntergefahren werden kann als ein Kohlekraftwerk. Das macht mich sprachlos. Da hilft nur noch Papst Julius III (1487–1555), der einem Mönch einmal gesagt haben soll: „Weißt du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?“ *Gerhard Krohmer, Nürnberg*

Zur Ergänzung: In weiten Teilen Frankens wurde bereits seit 1489 nach dem Reinheitsgebot gebraut! Die Urkunde zum Fränkischen Reinheitsgebot vom 12.10.1489 befindet sich im Bamberger Staatsarchiv. *Rudolf Bernd Kondler, Stein*